

**Festakt zum 200. Jahrestag der Gründung der Urburschenschaft in Jena  
am 12. Juni 2015 in der Aula der Friedrich-Schiller-Universität**

Festrede von Bundesminister a.D. Dr. Dieter Haack

Vorsitzender des Philistervereins der Burschenschaft der Bubenreuther  
Erlangen.

Die Jenaischen Burschenschaften Arminia auf dem Burgkeller, Germania und Teutonia können in diesen Tagen den 200. Jahrestag der Gründung der Urburschenschaft feiern.

Sie blicken als Jubilare auf ein historisches Ereignis zurück, zu dem wir Ihnen als Festgäste herzlich gratulieren.

Lieber Herr Verbandsbruder Hoffmann, Sie haben die Vorgeschichte und die Gründung der Urburschenschaft in Jena, das Wartburgfest 1817 und das Wirken der Burschenschaften in der Paulskirche 1848/49 eingehend beschrieben.

Die Urburschenschaft wird in der Geschichtsschreibung zu Recht einhellig gewürdigt. Ich zitiere beispielhaft aus dem bedeutenden Werk von Thomas Nipperdey „Deutsche Geschichte 1800- 1866“:

„Burschenschaft, das war der Idee nach eine Organisation aller - „ehrlichen und wehrlichen“ - Studenten einer Universität; das war eine Organisation zur Reform des studentischen Lebens: gegen das rohe, autoritäre, bildungsunwillige Studententum der alten Welt brachte sie die moralisierenden und zivilisierenden Ideen der neuen verinnerlichten Bildung und des neuen idealistischen Ethos zur Geltung, den neuen Geist der Freundschaft und Gemeinschaft, den Begriff einer verinnerlichten „Ehre“. Die Burschenschaft war „demokratisch“, insofern sie von aller ständischen Herkunft absah, und sie war „national“, gegen den Provinzialismus der alten „Landsmannschaften“ wie gegen den Kosmopolitismus der studentischen „Orden“ des späten 18. Jahrhunderts. Die Burschenschaften waren deutsch, gesamtdeutsch - und in der Stimmung von 1815 war das mit dem Christlichen verflochten. Diese nationale Orientierung war mit der liberalen Idee der Freiheit eng verflochten. „Ehre, Freiheit, Vaterland“ - das war der

Wahlspruch, und die Farben des Lützowschen Freiwilligenkorps Schwarz-Rot-Gold, die man bald für „die“ alten Reichsfarben hielt, wurden die Symbolfarben der neuen Bewegung. Diese Studentenbewegung wurde - über alle Staatsgrenzen hinweg - gesamtdeutsche Erlebnis- und Bewußtseinsgemeinschaft, ein „Studentenstaat“, der den erstrebten Nationalstaat im eigenen Bereich gleichsam vorwegnahm.“

Da die Gründung der Urburschenschaft eng mit dem Wartburgfest vom 18./19. Oktober 1817 verbunden ist, schreibt Nipperdey weiter:

„Am 18./19. Oktober 1817 feierten die Burschenschaften ein großes nationales Fest auf der Wartburg, 300- Jahrfeier der Reformation und Gedenken an die Leipziger Schlacht von 1813 zugleich, Erinnerung an die Befreiung der Innerlichkeit und des Geistes von römisch-päpstlicher Tyrannei und äußerer Kirchlichkeit - so die merkwürdige und zeittypische Verkoppelung von nationalem und protestantischem Geist. 500 Studenten etwa aus mindestens 11 Universitäten nahmen teil. Unter den Rednern waren die Professoren Oken und Fries; die studentische Festrede beschwor, durchaus gemäßigt im Ton, die nationalen Hoffnungen und Enttäuschungen. Das Fest war eine neue Form politischer Aktion. Unabhängig von aller Obrigkeit wurde aus einer „privaten“ Zusammenkunft eine öffentliche Demonstration; sie erfüllte ihre Träger mit dem Glanz des Tages und der Energie der erfahrenen Gemeinschaft und sie provozierte ihre Gegner: sie gewann öffentliche Wirkung und wurde zu einer Bekundung von Macht. Das war eine neue Form von Politik.“ Soweit Nipperdey.

Die Ziele der Urburschenschaft waren nationale Einheit und verfassungsmäßig gesicherte Freiheitsrechte, Ablehnung von Partikularismus, Polizeistaat und feudaler Gesellschaft.

Insoweit stand die Urburschenschaft am Beginn des langen Weges zu einem freiheitlich - demokratischen Gemeinwesen in Deutschland. Die Jenaer Burschenschaften nennen in ihrem Programm zu den gegenwärtigen Feierlichkeiten die Grundsätze und Beschlüsse der Urburschenschaft zu Recht als wichtigstes Ergebnis des Wartburgfestes, die über die Paulskirchenverfassung 1849 und die Weimarer Reichsverfassung 1919 Eingang in den Grundrechtskatalog unseres Grundgesetzes 1949 fanden.

Auf diese Tradition können wir stolz sein.

Aber unsere Tradition endet nicht 1819 mit dem ersten Verbot der Burschenschaft durch die reaktionären Kräfte unter Führung Metternichs, der in den Burschenschaften immer die Vorhut einer revolutionären Bewegung sah.

Burschenschaften gab es auch nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848, bei der Burschenschafter noch einmal eine hervorragende Rolle im Paulskirchenparlament spielten, im Kaiserreich, unter Bismarck, vor und nach dem 1. Weltkrieg, in der Weimarer Republik und im nationalsozialistischen Unrechtsstaat.

Und die Entwicklungen in dieser Vergangenheit können wir leider nicht positiv sehen wie die Urburschenschaft.

Der bekannte Kirchenhistoriker und mehrmalige Prorektor der Universität Jena Karl von Hase - 1818 in die Leipziger Burschenschaft eingetreten und danach in der Erlanger Burschenschaft an führender Stelle aktiv - hat seine 1872 erschienenen Jugenderinnerungen unter den Titel „Ideale und Irrtümer“ gestellt.

Dieser Titel erscheint mir gerade für die burschenschaftliche Geschichte mit ihren Leistungen und Fehlern, Hoffnungen und Illusionen besonders trefflich. Burschenschaften standen immer mitten im Volk, durchlebten Höhen und Tiefen, waren auch Gefangene falscher Denkweisen und Opfer irregeleiteter Politik.

Sie teilten dieses Schicksal mit vielen Menschen in unserer bewegten Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

Deshalb ist ihre Geschichte nicht die Geschichte einer elitären Gesellschaft oder exklusiver Vereine sondern Bestandteil der Geschichte unseres Volkes.

Das Jahr 1848 schien zunächst den Traum der Burschenschaft erfüllt zu haben: ein einiges auf dem Volkswillen beruhendes Deutschland. Die Farben der Burschenschaft schwarz-rot-gold waren zu den Farben des Deutschen Bundes geworden.

Aber der Traum war bald ausgeträumt. Die bürgerliche Revolution von 1848 scheiterte, die Ideen der Wartburg und der Paulskirche konnten sich nicht durchsetzen.

Und jetzt zeigte sich, dass studentische Verbindungen vom Geist der Zeit geprägt werden.

Die Burschenschaften wurden in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts konservativ, stimmten der kleindeutschen Lösung Bismarcks zu und wurden dessen überzeugte Anhänger. Im Spannungsverhältnis von Freiheit und Einheit, das die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert geprägt hat, haben sich die Burschenschaften für die Einheit entschieden.

Der burschenschaftliche Wahlspruch Freiheit, Ehre, Vaterland war nicht mehr auf die Gleichrangigkeit der darin enthaltenen Werte gerichtet, sondern ging in Übereinstimmung mit der Philosophie des Deutschen Idealismus von einer Überhöhung der Nation und später auch des Staates aus.

Die deutsche Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts beeinflusste das burschenschaftliche Gedankengut entscheidend.

Das Ideengut der französischen Revolution, das für die westlichen Demokratien eine unverkennbare Grundlage bildete, wurde nicht übernommen, sondern im Gegenteil als zerstörerisch und gottlos bekämpft. Als dann die Staatskunst Bismarcks durch Dilletantismus und unpolitisches Gehabe ersetzt wurde, war der Weg in die 1. Katastrophe des 20. Jahrhunderts - den 1. Weltkrieg frei.

Der Historiker Heinrich August Winkler, dem wir die im Jahr 2000 erschienene Deutsche Geschichte mit dem Titel „Der lange Weg nach Westen“ verdanken, hat in seiner wegweisenden Rede im Deutschen Bundestag am 8. Mai diesen Jahres zum 70 jährigen Gedenktage des Endes des 2. Weltkrieges und des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Regimes daran erinnert, dass bekannte deutsche Professoren und Publizisten den Ideen der Französischen Revolution von 1789, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die deutschen „Ideen von 1914“ gegenübergestellt haben: die Verherrlichung eines starken, auf das Militär gestützten Staates, der „Volksgemeinschaft“ und eines angeblich „deutschen Sozialismus“. Nach 1918 konnte bei einer solchen Geisteshaltung, der auch die Burschenschaften erlegen waren, der 1. Versuch, einen demokratischen Staat aufzubauen, nicht genutzt werden.

Im Gegensatz zu 1848 erfolgte die Umwälzung 1918 ohne oder gegen die große Mehrheit der Studenten. Man war zwar bereit, gegen die Feinde der

neuen Republik auf der extremen Linken zu kämpfen, aber der Weimarer Staat wurde nicht akzeptiert.

Der Burschentag 1919 lehnte die alten Farben der Burschenschaft schwarz-rot-gold ab. Allerdings bezeichneten dies manche Burschenschafter als reaktionär und undemokratisch. Die Demokratie wurde von vielen als undeutsch verteufelt, nationaler Gedanke und demokratische Staatsverfassung als unvereinbar bezeichnet, der völkische Gedanke dem Parlamentarismus entgegengestellt. Der Weimarer Staat wurde verunglimpft und bekämpft. Auf diesem Hintergrund hatte der Nationalsozialismus ein leichtes Spiel. Der Weg in die 2. Katastrophe, die Hitlerdiktatur und den 2. Weltkrieg war vorgezeichnet.

Die Burschenschaften verhielten sich so wie die Mehrheit der deutschen Universitätslehrer, der Bildungs- und Führungsschichten in Wirtschaft, Bürokratie und Militär.

Es gab aber auch eine Minderheit, die eine Chance in der ersten deutschen Republik für die Zukunft unseres Volkes sah, vor dem heraufziehenden Unheil des Nationalsozialismus warnte und sich nicht von einer verderblichen Ideologie verführen ließ.

Im letzten Jahr konnten wir 25 Jahre friedliche Revolution in der DDR feiern, in diesem Jahr 25 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands.

Das Wunder der Freiheit und Einheit von 1989/90 bewegt uns beim heutigen Jubiläum besonders, weil mit ihm die alten urburschenschaftlichen Ziele Freiheit und Einheit endlich verwirklicht waren.

Die Schnelligkeit und Dynamik des deutschen Einigungsprozesses 1989/90 war so nicht vorauszuahnen. Die Überraschung hing aber auch damit zusammen, dass immer mehr Deutsche nicht mehr an die Wiedervereinigung glaubten und von der Lebenslüge Wiedervereinigung die Rede war.

Die Frage ist, warum sich in der alten Bundesrepublik bis 1989 immer mehr Menschen mit der unnatürlichen Teilung unseres Volkes abgefunden hatten und warum das totalitäre Unrechtssystem der SED immer mehr verharmlost wurde.

An der Ost- und Deutschlandpolitik - wie sie seit 1969 nach ersten Versuchen in der großen Koalition vorher von Willy Brandt betrieben, 1974 von Helmut Schmidt fortgesetzt und 1982 von Helmut Kohl ohne Bruch übernommen

wurde - lag es nicht. Ganz im Gegenteil. Diese Politik war von Anfang an richtig und notwendig, ebenso wie die Westpolitik Adenauers in den 50er Jahren, mit der wir stellvertretend für alle Deutschen ein Teil der westlichen demokratischen Wertegemeinschaft geworden sind.

Die Ostpolitik hat die Realität zweier deutscher Staaten als Folge der Nachkriegsentwicklung in der Periode des Kalten Krieges anerkannt und versucht, durch Kontakte und Verträge zwischen den Regierungen die Folgen der Teilung Deutschlands und Europas zu mildern und dabei den von der Trennung besonders betroffenen Menschen zu helfen.

Diese Politik wollte das Recht des deutschen Volkes, in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder zu erlangen, sichern.

Die DDR wurde als zweiter deutscher Staat anerkannt, aber nicht im völkerrechtlichen Sinn.

Bei der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 21.12.1972 hat die Bundesregierung einen Brief zur deutschen Einheit überreicht, in dem festgestellt ist, dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Die Präambel des Grundgesetzes war damit auch in den 70er Jahren Bestandteil und Orientierungslinie in der Politik.

Die Vertragspolitik sollte den Menschen im geteilten Land dienen und die Gemeinsamkeiten der deutschen Nation während der Teilung erhalten.

Carlo Schmid, der Mitverfasser unseres Grundgesetzes, hat kurz vor seinem Tod im Jahr 1979 im Nachwort seiner Erinnerungen geschrieben:

„Wir Deutschen werden nicht aufhören, den heutigen politischen Zustand Deutschlands für einen Verstoß gegen das Grundrecht der Völker zu betrachten. Wir werden versuchen müssen, durch unser Verhalten unseren Nachbarn zu beweisen, dass die Einheit Deutschlands keine Gefahr für sie darstellen würde, sondern ihnen zum Vorteil gereichen könnte.“

Die Grundkonzeption dieser Politik bestand neben dem Festhalten an der deutschen Einheit darin, das totalitäre Unrechtssystem der SED- Diktatur beim Namen zu nennen, den Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür,

von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung zu benennen.

In den 80er Jahren und schon kurz vorher wurde diese Grundlinie in einflussreichen Kreisen der Bundesrepublik, in Teilen der Medien, der Wissenschaft, der Parteien und auch der Kirchen verlassen.

Es ging seit dieser Zeit in der deutschen Frage für wichtige Meinungsführer nicht mehr um Frieden und Freiheit, sondern nur noch um Frieden, dem alle anderen Ziele untergeordnet wurden. Das SED- Regime wurde zum Friedenspartner und verlor im öffentlichen Bewusstsein nach und nach seinen Unrechtscharakter.

Die Angst vor einem nuklearen Krieg ließ Freiheit von der kommunistischen Diktatur und die Selbstbestimmung des deutschen Volkes zweitrangig werden.

Die Führer der DDR wurden als Friedenspolitiker gesehen, dass sie Gegner der persönlichen Freiheit und Würde waren, war offensichtlich unwichtig geworden.

Besonders symptomatisch für diese Entwicklung sind die 1983 erschienenen Erfahrungsberichte der beiden Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR Günter Gaus und Klaus Bölling, die ein falsches Bild von der DDR gezeichnet haben, obwohl sie Kraft ihres Amtes die wirklichen Verhältnisse kennen mussten.

Die Wiedervereinigung wurde von Günter Gaus als Geschwätz der politischen Kräfte rechts von der Mitte abgetan, das Gedenken an den 17. Juni als nationalpolitische Verlogenheit, die Verurteilung des Grenzregime als Mauerrhetorik verleumdet.

Das durch die westdeutsche Publizistik vertretene schiefe DDR- Bild lässt sich sogar noch länger zurückverfolgen.

Der Chefredakteur der Zeit (Theo Sommer) hat nach einer Reise in die DDR 1986 ein Buch veröffentlicht und dort geschrieben:

„ Es herrscht Bewegung statt Resignation, die Zaghaftheit hat einer selbstbewussten Gelassenheit Platz gemacht, das Grau weicht überall freundlichen Farben, die niederdrückende Trübsal ist verflogen.

Und im Kapitel „Leben unter Honecker“ konnte man lesen: Die Bürger des anderen deutschen Staates bringen ihm fast so etwas wie stille Verehrung entgegen.“

Die führenden Männer der SED wurden in solchen Berichten mit einer Sympathie dargestellt, die vergessen ließ, dass es sich um Repräsentanten eines Unrechtssystems handelte.

Die spätere Charakterisierung von Erich Honecker als deutscher Patriot war nur noch der Höhepunkt der Fehleinschätzung.

Auf diese Weise wurde der Pragmatismus, der zu jeder verantwortlichen Politik gehört, zum wertfreien Handeln herabgewürdigt.

Die Deutschlandpolitik, die im Interesse der Menschen ein Beziehungsgeflecht zwischen der Bundesrepublik und der DDR herstellen musste, um vor allem humanitäre Probleme lösen zu können, verlor in den 80er Jahren an moralischer Substanz, weil das SED- Unrechtssystem Schritt für Schritt verharmlost wurde.

Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen - darin waren sich beide Seiten Deutschlands einig. Diese Formel als berechtigte Lehre aus dem schrecklichen zweiten Weltkrieg wurde aber so verabsolutiert, dass die zweite Lehre aus der 12jährigen Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten in Vergessenheit geriet: von deutschem Boden darf nie mehr eine Diktatur ausgehen. Die SED- Führung konnte zwar Partner in der Friedenssicherung sein, musste aber Gegner in den Grundsatzfragen der Freiheit und der Menschenrechte bleiben.

Die Politik hatte sich an der Existenz zweier deutscher Staaten zu orientieren, eine Existenzberechtigung durfte aber dem SED- Regime nicht zugestanden werden.

Schon vor dem Honecker- Besuch in Bonn 1987 war in der alten Bundesrepublik eine Tendenz im Wachsen, die die Anerkennung der Teilung Deutschlands als geschichtlich notwendigen Friedensbeitrag der Deutschen ansah und den Antikommunismus als das eigentliche Grundübel der westlichen Gesellschaft anprangerte.

Diese Einstellung war offensichtlich eine Art Bewältigung der deutschen Vergangenheit des Nationalsozialismus.



Dieser sogenannte Antifaschismus zeigte große Sympathie für den Sozialismus als Perspektive für eine menschliche Gesellschaft, übersah dabei aber allzu leicht die Perversionen im real-existierenden Sozialismus. In all solchen Vorstellungen, die sich dann auch kurz vor dem Honecker-Besuch in dem bekannten gemeinsamen Papier von SED und SPD wieder finden, wurde der Begriff der Friedensfähigkeit zu eng gefasst.

Zur Friedensfähigkeit eines Staates gehört auch der Umgang mit seinen Bürgern. Wo es Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und eine Verweigerung der elementaren Menschenrechte und Grundfreiheiten gibt, ist die Friedensfähigkeit eines Staates nicht gegeben.

Als der frühere amerikanische Präsident Reagan 1987 in Berlin die Beseitigung der Mauer forderte, wurde er als alter Mann und kalter Krieger verhöhnt.

Stabilisierung der DDR im Interesse des Friedens hieß das Zauberwort für viele Politiker, Publizisten, Politologen und Historiker.

Wer sich solchen Tendenzen widersetzte, war schnell ein Illusionist und Ewiggestriger. Ich weiß als letzter Bundesvorsitzender des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ wovon ich spreche.

Ich versage mir an dieser Stelle Zitate bekannter Politiker, Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten aus Veröffentlichungen der Jahre 1988 und 1989, die eine Anerkennung der staatlichen Teilung Deutschlands als Versöhnungsbeitrag für Europa und „historischen Kompromiss“ (Peter Bender) forderten.

Ich habe im Jahr 1989 mit dem FDP-Abgeordneten Hans Günther Hoppe, dem CSU- Abgeordneten Eduard Lintner und dem aus der DDR stammenden Professor Wolfgang Seiffert ein Buch mit dem Titel „ Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes“ herausgegeben, erschienen wenige Monate vor der Wende in der DDR. Der Titel war für viele schon provozierend und reaktionär, war doch die Aufgabe oder Änderung der Präambel von einflussreichen Personen längst gefordert worden.

Fast am selben Tag, an dem das Buch in Bonn von der Bundestagspräsidentin vorgestellt wurde, schrieb der Chefredakteur der Wochenzeitung „die Zeit“ in einem Leitartikel:

„Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt, kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen. Wir sollten die Aufeinanderzu-Entwicklung der beiden Hälften Europas nicht mit einem nationalstaatlichen Ehrgeiz belasten, der über die Forderung nach Freiheit für alle Deutschen hinausginge.“

Er hat dabei die Meinung vieler Intellektueller ausgedrückt. Uns ging es demgegenüber darum, 40 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland festzuhalten, dass der Verfassungsauftrag unseres Grundgesetzes zur Einheit Deutschlands eine klare Absage an den Nationalsozialismus oder die Wiederherstellung eines überholten Nationalstaates des 19. Jahrhunderts war. Die Schöpfer des Grundgesetzes wollten 1949 eine neue Ordnung und ein Deutschland, das als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dient. Dies war gerade der Bruch zur außenpolitischen Kontinuität des Deutschen Reiches, das Hitler durch seine den nationalen Interessen entgegengesetzte Machtpolitik zerstört hatte. Die Verbindung von Freiheit und Einheit, die Verknüpfung von Deutschland und Europa und die Orientierung am Frieden in der Welt in der Präambel unserer Verfassung zeigte, dass wir von 1949 an nie an Restauration, sondern an einen künftigen Prozess der deutschen und europäischen Einigung gedacht haben.

In diesem Geist sind viele Burschenschafter in der Zeit der Teilung unseres Landes für die Wiedervereinigung Deutschlands eingetreten, nicht als großdeutsche Träumer sondern als gute Patrioten.

Sie haben in Ihrem Festprogramm den Jenenser Burschenschafter Klaus Asche genannt, der vor 50 Jahren bei der 150 Jahrfeier ausrief: „ Wir werden nicht eher ruhen, als bis wir wieder auf dem Marktplatz des freien Jena stehen.“

Und dies können wir jetzt wieder seit 25 Jahren, weil sich nicht die Schwarzmalter und Pessimisten durchgesetzt haben, sondern die Menschen, die sich nicht Gewalt und Unrecht beugten, sondern eine friedliche Revolution wagten.

Wenn bei vielen unserer Landsleute die Teilung Deutschlands zur Normalität geworden war, dann nur deshalb, weil wir dazu neigen, von einem Extrem ins andere zu fallen.

Aus dem übersteigerten Nationalismus vor 1945 war kein gesunder Patriotismus erwachsen. Die 1945 im Westen gewonnene Freiheit war nicht immer als Verantwortung erkannt worden. Es fehlte an historischer Orientierung, Standfestigkeit und Gelassenheit.

Für eine gesicherte Zukunft ist es deshalb lebensnotwendig, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, aus den Fehlern vor und nach 1945!

Nur so können wir auch unsere durch die Urburschenschaft begründete Tradition bewahren. Tradition ist ohne Selbstkritik nicht möglich, weil auch die burschenschaftliche Geschichte - wie ich vorhin in den Worten von Karl von Hase sagte - eine Geschichte der Ideale und Irrtümer war.

Im Beschluss des Landauer Burschentages 1955, an dem ich als Sprecher meiner Burschenschaft teilnahm, hieß es:

„ In einer Zeit, in der viele überkommene Begriffe fragwürdig geworden sind, erkennt die Deutsche Burschenschaft ihre Pflicht in einer ständigen und lebendigen Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte, auch in einer kritischen Sichtung ihrer eigenen Vergangenheit.“

Diese Worte zeigen, dass vor 60 Jahren noch Burschenschaften den Dachverband Deutsche Burschenschaft prägten, die ihn in den letzten Jahrzehnten wegen seines unverantwortlichen Kurses verlassen haben. Das gilt dankenswerterweise auch für die Jenaer Burschenschaften.

Ich möchte in einem zweiten Teil meiner Rede aus persönlicher Sicht nach langer Beschäftigung mit unserer Vergangenheit schon in jungen Jahren und jahrzehntelanger Tätigkeit in der praktischen Politik sagen, was wir aus der Geschichte gelernt haben. Ich spreche dabei aus der Überzeugung, dass nach dem Scheitern des Weimarer Staates und der DDR der zweite Versuch, in Deutschland für immer eine Demokratie aufzubauen, gelingen wird.

Der Wiederaufbau unseres Landes im Westen konnte nach 1945 nur erfolgreich geschehen, weil wir uns der Vergangenheit bewusst waren und Lehren aus der Geschichte gezogen haben.

Die Präambel der bayerischen Verfassung von 1946 drückt wie auch andere Landesverfassungen aus, was nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur zuerst nur von den Gegnern des Nationalsozialismus später von der Mehrheit gefühlt und gedacht wurde. Es heißt dort:

„Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschluss, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk nachstehende demokratische Verfassung.“

Im Verfassungstext sind dann als oberste Bildungsziele genannt:

„Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt.“

Der sozialdemokratische bayerische Kultusminister Fendt begründete die Anordnung, dass in bayerischen Klassenzimmern Kruzifixe aufgehängt werden mit den Worten:

„Wir tun das, weil wir hier ein Symbol sehen, das die Jugend zu wahren Menschentum, zu gegenseitigem Verständnis, zu Verträglichkeit, zu echter Demokratie und gesichertem Weltfrieden erziehen wird.“

Wir sollten darüber nachdenken, warum wir heute ein Bundesverfassungsgerichtsurteil haben, das diese Erkenntnis in Frage stellt. Auch das Bewusstsein vor Gott in der Präambel unseres Grundgesetzes hatte 1949 einen besonderen Stellenwert.

Es ist eindrucksvoll, was wir dazu in den Lebenserinnerungen von Carlo Schmid, der im parlamentarischen Rat maßgeblich an der Ausarbeitung der Verfassung mitarbeitete, lesen können. Ich zitiere ausführlich, um die damalige Denkungsweise deutlich werden zu lassen:

„Da aber auch in heutiger Zeit die Mehrheit unseres Volkes die Vorstellung hat, dass sich in der Geschichte göttliches Walten manifestiert, angesichts dessen die Menschen zur Verantwortung ihres Tuns vor Gott aufgerufen sind, trug ich keine Bedenken, in die Präambel aufnehmen zu lassen, dass unser Volk sich im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen dieses Grundgesetz gibt, weil es von dem Wunsch beseelt ist, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

Die meisten Bewohner der Bundesrepublik werden unter diesem Gott, den die Präambel nennt, den Gott verstehen, dessen Gebote ihnen die religiöse Unterweisung im Elternhaus und in der Schule sowie ihr Leben in den Kirchen unseres Landes nahegebracht haben.

Für viele wird er identisch sein mit dem Herrn des „Stirb und werde“ unseres Schicksals. Für andere wird er der Weltbaumeister sein, der mit der Schöpfung in sein Werk die Ursachenreihen eingeführt hat, aus denen alles kommt, was durch sich selbst und in der Vermittlung durch unser Tun geschieht; andere wiederum werden jenen Gott in allem finden, was der Welt eigen ist und es gibt, wie das Beispiel des „Materialisten“ Ernst Bloch zeigt, jenes Göttliche auch für den Marxisten, den die Erfahrung gelehrt hat, dass der Mensch nicht vom Brot alleine lebt, sondern dass es in seinem Bewusstsein eine übergreifende Transzendenz gibt, die ihre Forderung stellt, und der, wie Faust, weiß, dass das Gewebe des Daseins in der Natur und Geschichte in seinem Innersten von einer numinosen Macht zusammengehalten wird.

Es gelang mir auch, meine Kollegen zu überzeugen, dass im Bewusstsein unseres Volkes ein Sittengesetz lebt, das wir für verbindlich halten, weil die Deutschen im Laufe ihrer Geschichte erkannten, dass Freiheit, Selbstverantwortung und Gerechtigkeit die Würde des Menschen ausmachen und dass diese Würde gebietet, dass jeder die Freiheit und die Selbstachtung eines jeden anderen achtet und sein Leben nicht auf Kosten der Lebensmöglichkeiten des anderen führt.

In diesem Moralverständnis können Christen und Nichtchristen sich im Freiheitsraum des Staates vereinigen.“

Diese Überlegungen der unmittelbaren Nachkriegszeit dürfen nicht nach 70 Jahren vergessen sein, sonst wäre die Skepsis gegenüber der Hoffnung, man könne aus der Geschichte lernen, bestätigt.

Ich meine, dass wir Deutschen in einer zentralen Frage aus der Geschichte gelernt haben. Wir wissen heute, dass nur eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung die Würde des Menschen gewährleisten und die menschlichen Grundrechte sichern kann. Artikel 1 unseres Grundgesetzes ist die Grundnorm unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und kann sich auf einen breiten Konsens stützen:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Und da die Menschenwürde politisch nur in einer rechtsstaatlichen Demokratie gesichert sein kann, bekennen wir uns zur Demokratie.

Eine Demokratie kann aber nur lebensfähig sein, wenn Bürgerinnen und Bürger in ihr mitwirken und Verantwortung übernehmen. Freiheit und Verantwortung bedingen sich gegenseitig. Zu einer demokratischen Gesellschaft und ihrer Existenzfähigkeit gehört die Bereitschaft zur Mitarbeit und Mitgestaltung.

Wir sind bereit zur Verantwortung, wenn wir den Ohne-mich-Standpunkt überwinden und die Freiheit nicht als Bindungslosigkeit, als Mittel zum persönlichen Gewinn- und Vorteilsstreben sehen, sondern in der uns geschenkten Freiheit den Auftrag sehen, uns um die Menschen zu kümmern, die uns anvertraut sind. So führt verantwortliche Freiheit immer zur Solidarität.

Sie erst befähigt uns zum Dienst in und für die Gemeinschaft, in die uns Gott gestellt hat.

Diese ethische Grundlage unseres Zusammenlebens ist Teil unserer Identität heute und morgen.

Gestern war es noch obrigkeitsstaatliches Denken, Unterordnung und blinder Gehorsam.

Nach langen geschichtlichen Irrwegen haben wir als Deutsche endlich zur Demokratie gefunden. Auch unser Vaterlandsbegriff hat dabei eine moralisch begründete Neuorientierung erfahren,

die zu unseren zukünftigen Aufgaben und Verpflichtungen hinführt.

Vaterlandsliebe ist das Gegenteil von Nationalismus.

Der Nationalismus, der uns Deutsche in die Katastrophen des letzten Jahrhunderts geführt hat und in nicht wenigen Teilen der Welt heute noch herrscht, lässt nur das eigene Volk gelten, grenzt sich gegen andere Völker ab, fühlt sich überlegen und führt zu Terror, Krieg und Vernichtung.

Die Vaterlandsliebe ist dagegen ein weltoffener Patriotismus, der seine Verantwortung für sein eigenes Volk im Eintreten für das friedliche Zusammenleben aller Völker sieht, deshalb ist nationale Verantwortung auch immer internationale Verantwortung.

Zum Patriotismus gehört ein Bekenntnis zur gesamten Geschichte des eigenen Volkes - zu Höhen und Tiefen, zu Schuld und Verstrickung, zu den großen Leistungen des Geistes, der Kultur und der Wissenschaft.

Aus Schuld und Verstrickung erwachsen besondere Verantwortungen, aus der sich auch künftige Generationen nicht lösen können.

Unsere patriotische Aufgabe heute ist es, dass wir unser seit 25 Jahren wiedervereinigtes Land zu einem vorbildlichen, freiheitlichen Gemeinwesen ausbauen und als Teil des zusammenwachsenden Europas verstehen.

Zur politischen Aufgabe gehört, bedingungslos und konsequent gegen Gewalt und Hass, gegen jede Form von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen.

An diesen Zukunftsaufgaben der Nation muss sich unsere politische Verantwortung als einzelner Staatsbürger und als studentische Gemeinschaft orientieren.

„Akademikertum nicht als Anspruch und tote Form sondern als Leben aus tiefer Verantwortung vor Gott und den Menschen, zu deren Dienst wir gerufen sind.“

Dieser schöne Satz unseres ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss gibt dazu das richtige Leitmotiv.

Wenn wir in dieser Weise bereit sind, unser Leben an Werten zu orientieren, dann haben wir die richtigen Maßstäbe für ein Leben in Würde, Freiheit und sozialer Verantwortung.

Eine studentische Gemeinschaft mit ethischen Fundamenten kann in ihrem Verbindungsleben zeigen, dass im menschlichen Zusammenleben Freiheit und Bindung zusammengehören und eine Gemeinschaft auf Rechten und Pflichten beruht.

Wo das nötige Gleichgewicht von Freiheit und Bindung, von Rechten und Pflichten nicht besteht, ist das Zusammenleben gestört und gefährdet.

Freiheit wird dann zur Beliebigkeit, Recht wird zum Rechtsanspruch ohne Rücksicht auf die Rechte anderer, Egoismus und Individualismus verdrängen Solidarität und Gemeinsinn.

Freiheit in Bindung ist die Grundlage demokratischer Tugenden.

In einer kleinen Gemeinschaft kann Demokratie eingeübt werden. Wenn demokratischer Geist zur burschenschaftlichen Identität heute gehört, haben wir unsere eigentliche urburschenschaftliche Tradition wieder entdeckt.

Demokratischer Geist bedeutet nicht ein abstraktes Bekenntnis zur Demokratie, sondern konkretes Engagement für demokratische Lebensformen und demokratische Institutionen.

Dazu gehört Verantwortungsgefühl und Verantwortungsbewusstsein, Verantwortungsfreudigkeit und Hilfsbereitschaft, Toleranz und Kompromissfähigkeit.

Demokratische Freiheit und Verantwortung bilden eine Einheit. Zu einer demokratischen Gemeinschaft im Kleinen wie einer Studentenverbindung und im Großen wie in einem Staat gehört die Mitarbeit und Mitgestaltung.

In diesem Sinn muss eine Burschenschaft immer eine

Erziehungsgemeinschaft sein, die den Ohne-mich-Standpunkt ablehnt und in der Freiheit den Auftrag sieht, der Gemeinschaft, in der wir stehen, zu dienen. Dieser Dienst wird im späteren beruflichen Leben unterschiedlich sein.

Wichtig ist, sich immer als verantwortlicher Citoyen zu fühlen, der sich als Teil der Gesellschaft mit eigener politischer Verantwortung begreift. Dazu gehört

auch die leider zu wenig vorhandene Zivilcourage. Sie erfordert Hinsehen und Hinhören, sich Einsetzen und Widersprechen, der Stimme des Gewissens zu folgen. Zivilcourage ist besonders gefordert, wenn Unrecht geschieht, Ethik und Recht verletzt werden, Herrschaft missbraucht wird.

Wenn immer und überall Zivilcourage geübt würde, gäbe es mehr

Gerechtigkeit und Menschlichkeit, weniger Angst und mehr Hoffnung, weniger Missbrauch und mehr Wahrhaftigkeit.



Die Widerstandsbewegung gegen Hitler und den Nationalsozialismus und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR zeigten Zivilcourage in extremen Situationen. Wir brauchen sie auch im normalen Leben.

Es sollte in Zukunft zu unserer Tradition gehören, dass wir uns mit Menschen, die Zivilcourage in unserem Land in unterschiedlichen Situationen gezeigt haben, identifizieren.

Ich bin durch das Studium der Widerstandsbewegung gegen Hitler zu der Entscheidung gekommen, Berufspolitiker zu werden.

Für mich sind die Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Gewaltregime Vorbilder in ihrem Mut, ihrer Tapferkeit, in der sittlichen und rechtlichen Bindung ihres politischen Handelns. Einer von ihnen sagte kurz vor seiner Hinrichtung:

„Wir bereiten den Boden für eine bessere und friedliche Zukunft, für eine neue Menschlichkeit.“

Graf Stauffenberg sagte vor dem Attentat auf Hitler:

„Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muss geschehen; denn dieser Mann ist das Böse an sich.“

Und Henning von Tresckow meinte zu Recht:

„Das Attentat auf Hitler muss erfolgen um jeden Preis. Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor aller Welt und der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat.“

Dietrich Bonhoeffer verstand das Handeln der Widerstandsbewegung als einen Akt der Buße.

Bei unserer urburschenschaftlichen Tradition sind die Worte Freiheit und Vaterland im burschenschaftlichen Wahlspruch immer als Einheit zu sehen. Wir wollen kein unfreies und undemokratisches Deutschland mehr wie im vergangenen Jahrhundert.

Wir freuen uns, dass wir vor 25 Jahren die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit erreicht haben. Ich bin froh, dass heute an der Spitze unseres Landes ein glaubwürdiger Repräsentant dieser Freiheit steht. Joachim Gauck hat kurz vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten seine Lebenserinnerungen mit dem Titel: „Winter im Sommer- Frühling im Herbst“ veröffentlicht.

Gegen Ende des Buches lesen wir: „ Bei meinen ersten Reisen in den Westen habe ich mich oft gefragt, warum Mut und Zivilcourage zu gering notiert und selten praktiziert wurden. Keiner hatte die Menschen gehindert, diese Tugenden zu entwickeln. Später waren mir jene aufgefallen, die ohne jeden Zwang auf die Wahrnehmung bürgerlicher Rechte verzichteten.

(...)

Als Bürger der Bundesrepublik habe ich in den letzten 20 Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Freiheit tatsächlich im Alltag der freien Gesellschaft einen Teil des Glanzes verliert. Als Ostdeutscher, als Betroffener einer osteuropäischen Verlustgeschichte weiß ich aber deutlicher als die, die immer über sie verfügt haben, dass wir, wenn wir uns nicht immer wieder von ihr beflügeln und befähigen lassen, auch an Kraft und Willen zur Veränderung einbüßen.

Mag sein, dass Jahre kommen, in denen die Freiheit noch mehr an Glanz verliert. Mag sein, dass uns ungewohnte Lasten auferlegt werden. Mag sein, dass dann allgemeiner Verdruss das Land noch mehr einhüllt. Aber ich werde mich erinnern: Wir haben sie ersehnt, sie hat uns angeschaut, wir sind aufgebrochen, und sie hat uns nicht im Stich gelassen, als uns in der Freiheit neue Herausforderungen begegneten. Es kann nicht anders sein: Sie wird immer leuchten.“

Dieses Freiheitsverständnis sollte auch die burschenschaftliche Arbeit bestimmen. Dann erfüllt sie das urburschenschaftliche Vermächtnis , dessen wir heute gedenken.

Ich gratuliere den Burschenschaften Arminia , Germania und Teutonia nochmals zu ihrem historischen Jubiläum, wünsche Ihnen schöne Festtage und für die Zukunft alles Gute, vor allem Freude an Ihrem Verbindungsleben und Erfolg für Ihre burschenschaftliche Arbeit.